

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Einschreiben
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

20. Januar 2016

Vorentwurf und erläuternder Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 ist der Kanton Aargau eingeladen worden, spätestens bis zum 5. Februar 2016 zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

Der Regierungsrat und die Gerichte des Kantons Aargau begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen und die damit in Aussicht gestellte Modernisierung des internationalen Konkursrechts. Die vorgeschlagenen Neuregelungen werden als sinnvolle inhaltliche und verfahrensmässige Verbesserungen der aktuellen gesetzlichen Grundlagen erachtet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Susanne Hochuli
Landammann

Dr. Peter Grünenfelder
Staatsschreiber

Kopie

- ipr@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
Herr Rodrigo Rodriguez
Direktionsbereich Privatrecht
3003 Bern

Appenzell, 7. Januar 2016

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. Oktober 2015, mit welchem Sie eine Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) eröffnet haben und um Stellungnahme bis 5. Februar 2016 ersuchen.

Die Standeskommission ist mit der vorgeschlagenen Revision im Grundsatz einverstanden. Namentlich die Aufhebung des Gegenrechtserfordernisses wird begrüsst, weil damit Zufälligkeiten beseitigt und die Rechtssicherheit erhöht werden.

Es werden aber folgende Änderungsanträge gestellt:

Art. 174a Abs. 1 nIPRG:

Auf Antrag der ausländischen Konkursverwaltung kann *das Gericht* auf die Durchführung eines Hilfsverfahrens verzichten und das in der Schweiz belegene Vermögen der ausländischen Konkursmasse zur Verfügung stellen, wenn [...].

Begründung:

Die Formulierung ist erforderlich, um klarzustellen, dass nicht das mit dem Hilfsverfahren betraute Konkursamt verfügen kann.

Art. 174a Abs. 2 nIPRG, neuer Satz am Ende des Absatzes:

Sie darf keine hoheitlichen Tätigkeiten ausüben; diese sind rechtshilfweise durch das zuständige Konkursamt vorzunehmen.

Begründung:

Die Ergänzung dient der Klarstellung und damit der Rechtssicherheit.

Nach Meinung der Standeskommission soll eine förmliche Aufhebung der entsprechenden internationalen Verträge aus den Jahren 1825 bis 1837 angestrebt werden. In den betroffenen Kantonen herrscht eine gewisse Uneinigkeit, ob diese Verträge überhaupt noch in Kraft sind, welcher Geltungsbereich betroffen ist (die Verträge stammen aus einer Zeit, bevor die juristischen Personen als eigenständige Rechtspersönlichkeiten anerkannt waren) und wel-

che Wirkungen sie entfalten. Auch bestehen aus staatspolitischer Sicht Bedenken, wenn zum Beispiel ein Insolvenzverwalter aus Stuttgart gestützt auf eine Grundlage wie die Übereinkunft mit der Krone Württemberg direkt und hoheitlich in der Schweiz tätig ist, das heisst Zahlungsanweisungen an Banken macht oder die Edition von Dokumenten verlangt, ohne dass das deutsche Konkursdekret vorgängig anerkannt wurde. Der angesprochene Adressat in der Schweiz ist dabei - je nach Kanton, wo er domiziliert ist, - in der Ungewissheit, ob er sich einer verbotenen Handlung für einen fremden Staat schuldig macht (Art. 271 Strafgesetzbuch, StGB). Mit dem Bestehen und der weiteren Anwendung dieser Übereinkünfte wird zudem die gesetzliche Ordnung des 11. Kapitels des IPRG unterlaufen. Diese Situation ist unhaltbar.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

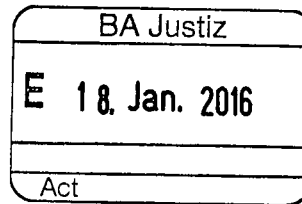
Zur Kenntnis an:

- ipr@bj.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Justiz
3003 Bern



Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. Januar 2016 / ssc

Eidg. Vernehmlassung; Vorentwurf und erläuternder Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingeladen, sich zum eingangs erwähnten Entwurf bis zum 5. Februar 2016 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Heute werden ausländische Konkursverfahren in der Schweiz nur aus Ländern anerkannt, die im Gegenzug auch das Schweizer Konkursverfahren anerkennen. Ist dies der Fall, wird auch in der Schweiz ein Verfahren eröffnet. Nur dann kann auf das in der Schweiz liegende Vermögen des Schuldners zugegriffen werden.

Das heutige System hat sich in der Praxis nicht bewährt. Insbesondere der Gegenseitigkeitsnachweis ist zu restriktiv und verzögert oder verunmöglicht die Anerkennung ausländischer Konkursentscheidungen. Dies schadet den Interessen in- und ausländischer Gläubiger. Die Vernehmlassungsvorlage verzichtet auf das Gegenrechtserfordernis. Der Regierungsrat begrüsst diese verfahrensrechtliche Vereinfachung. Auch erachtet er es als sachgerecht, in Zukunft nicht mehr in jedem Fall ein Hilfsverfahren durchzuführen. Dieses soll zwar auch in Zukunft die pfandgesicherten und in der Schweiz wohnhaften privilegierten Gläubiger schützen, jedoch nur dann, wenn in der Schweiz schutzbedürftige Gläubiger existieren. Mit der vorgeschlagenen Revision wird der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft Rechnung getragen und eine bessere Koordination mit zusammenhängenden in- und ausländischen Verfahren ermöglicht.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Vernehmlassung zum Entwurf einer Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft stimmt den Vorschlägen zur Vereinfachung der Anerkennung und Abwicklung von internationalen Konkursen zu. Die Wirtschaftsunternehmen sind zunehmend international und in mehreren Rechtsgebieten tätig, weshalb im Konkursfall sichergestellt werden muss, dass die Gläubiger über die Landesgrenzen hinaus ihre Rechtsansprüche durchsetzen können. Zudem ist möglichst zu verhindern, dass sich ein Unternehmen in einem Land im Konkurs befindet, während es in einem anderen Land – mangels Anerkennung des ausländischen Konkursverfahrens – noch voll über die Vermögenswerte verfügen kann. Die in der Vernehmlassungsvorlage vorgesehenen Neuerungen führen insgesamt zu einer Verbesserung der internationalen Konkursabwicklung und sind daher zu begrüßen.

Liestal, 19. Januar 2016

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Peter Viltner

Der Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Bern

Per Email an:
ipr@bj.admin.ch

Basel, 27. Januar 2016

Regierungsratsbeschluss vom 26. Januar 2016

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat den Kantonsregierungen einen Vorentwurf der Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (nachfolgend: IPRG) unterbreitet und diese eingeladen, ihre Vernehmlassungen bis zum 5. Februar 2016 einzureichen.

Der Kanton Basel-Stadt beschränkt seine Stellungnahme auf die uns wichtig erscheinenden Punkte. Die Vorlage wird grundsätzlich begrüsst. Anmerkungen haben wir zu nachstehenden Bestimmungen.

Zu Art. 166 IPRG:

Wenn eine Änderung an diesem Artikel vorgenommen werden soll, wäre es auch sinnvoll, die Terminologie zu ändern. Der im Vorentwurf verwendete Begriff der «Zweigniederlassung» soll offensichtlich nicht dem in Art. 935 OR verwendeten entsprechen, sondern demjenigen der «Geschäftsniederlassung» von Art. 50 Abs. 1 SchKG. Dementsprechend sollten auch die Begriffe ausgetauscht werden.

Die vorgeschlagene Regelung erscheint ausserdem aus Sicht des schweizerischen Niederlassungsgläubigers unbefriedigend, da für diesen ein neues Kostenrisiko entsteht. Einerseits weiss der Schweizer Gläubiger nicht unbedingt, dass über seinen ausländischen Schuldner ein Konkurs im Ausland eröffnet wurde und zum anderen ist ihm nicht unbedingt bekannt, ob und wo in der Schweiz die Anerkennung dieses Dekrets beantragt wird. Es ist durchaus denkbar, dass es seit dem Antrag auf Anerkennung des Konkursdekrets durchaus dauert, bis die Konkursämter an den einzelnen Konkursorten vom jeweilig anderen Verfahren informiert werden. Gemäss der im Vorentwurf vorgeschlagenen Regelung wäre dann der Niederlassungskonkurs hinfällig und die aufgelaufenen Kosten wären nicht als Massekosten vorab zu decken, sondern der Gläubiger hätte sie zu tragen, soweit sie nicht durch seine Konkursdividende gedeckt werden könnten.

Zwar entspricht es grundsätzlich dem Konzept des Konkurses, dass alle Gläubiger im Verhältnis gleich befriedigt werden sollen. Zu weit geht allerdings der Vorschlag, dass ein Geschäftsniederlassungskonkurs gleich ab der Zeitpunkt des Antrags auf Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets ausgeschlossen sein soll. Das Anerkennungsverfahren kann doch einige Zeit in Anspruch nehmen; zudem ermöglicht die Bestimmung dem Schuldner deren Missbrauch, indem er einen Antrag auf Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets stellen, dann das Verfahren verzögern und schliesslich den Antrag zurückziehen könnte; dies alles nur, um die Konkursöffnung über die Geschäftsniederlassung zu verhindern bzw. zu verzögern. Zweckmässiger wäre es, Verfahren nach Art. 50 Abs. 1 SchKG ab dem Zeitpunkt des Anerkennungsentscheides eines ausländischen Konkursdekrets auszuschliessen.

Im Zusammenhang mit der Zweig- bzw. Geschäftsniederlassung fällt auch die mit den Schweizer Zuständigkeitsregeln wenig kongruente Regelung von Art. 167 IPRG (und Art. 50 Abs. 1 SchKG) auf. Hat der ausländische Schuldner in der Schweiz eine Zweigniederlassung im Handelsregister eintragen lassen, so sollte sowohl die Anerkennung des ausländischen Konkurses sowie eine Konkurseröffnung nach Art. 50 Abs. 1 SchKG über seine Geschäftsniederlassung aus Gründen der Klarheit immer nur am Eintragungsort stattfinden können. Hat er gar mehrere Zweigniederlassungen eintragen lassen, so wäre das Gericht am Ort der «ersten» dieser Zweigniederlassungen zuständig, d.h. dort wo die Eintragungsbelege im Sinne von Art. 113 Abs. 2 HRegV komplett hinterlegt worden sind. Art. 167 Abs. 1 1. Satz IPRG käme nur dann zum Zuge, wenn kein Eintrag im Schweizerischen Handelsregister besteht. Auch Art. 50 Abs. 1 SchK ist entsprechend zu präzisieren.

Zu 170 Abs. 3 IPRG:

Es ist richtig, dass ein solcher Konkurs im summarischen Verfahren durchgeführt werden soll. Allerdings schiesst die vorgesehene Möglichkeit der ausländischen Konkursverwaltung ein ordentliches Verfahren zu verlangen, nur um am Schluss eine ausseramtliche Konkursverwaltung einzusetzen zu können, über das Ziel hinaus. Heute wird noch sehr selten ein Konkurs im ordentlichen Verfahren durchgeführt, weil dieses oft daran scheitert, dass die nötigen Quoten nicht zu Stande kommen. Es würde deshalb genügen, wenn die ausländische Konkursverwaltung gegen Vorschuss der entsprechenden Kosten eine ausseramtliche Konkursverwaltung einsetzen lassen könnte. Da auch eine ausseramtliche Konkursverwaltung öffentlich-rechtliche Funktionen ausübt, müsste aber wohl – vorzugsweise im SchKG – klargestellt werden, dass für diese Aufgabe nur Personen mit Wohnsitz in der Schweiz in Frage kommen.

Im Weiteren ergibt es keinen Sinn, dass die ausländische Konkursverwaltung (und weshalb nur diese?) bis zur Anerkennung des ausländischen Kollokationsplans die Einsetzung einer ausseramtlichen Konkursverwaltung soll verlangen können. Vernünftigerweise sollte es ein solches Begehren nur bis zum Ablauf der im Schuldenruf gesetzten Frist möglich sein.

Zu Art. 171 IPRG:

Die neu eingeführte Bestimmung über den Fristenlauf überzeugt nicht, da je nach zeitlichem Ablauf diese Regelung für die Konkursverwaltung zu unzumutbaren Situationen führen kann. Beantragt die ausländische Konkursverwaltung zum Beispiel die Anerkennung des Konkursdekrets erst 22 Monate nach der Konkurseröffnung im Ausland, wird der Schweizer Konkursverwaltung nur noch wenig Zeit zur Verfügung stehen, um Anfechtungsansprüche zu erkennen und die Verjährungsfrist (vgl. Art. 292 SchKG) gegenüber den Betroffenen zu unterbrechen. Dies setzt sie in ungerechtfertigter Weise der Gefahr einer Haftbarkeit bzw. eines Streits über eine solche aus. Zweckmässiger erscheint es, dem Antrag auf Anerkennung oder allenfalls dem Anerkennungsentscheid eine verjährungsunterbrechende Wirkung zuzuerkennen. Ist die Frist somit bereits vor diesem Ereignis abgelaufen, bleibt es bei der Verjährung und im anderen Fall steht der Konkursverwaltung ausreichend Zeit zur Abklärung und Einleitung der nötigen Schritte zur Verfügung. Im Übrigen steht es zumindest dem Schuldner selbst offen, durch Beantragung der Anerkennung des ausländischen Konkursentscheids für einen raschen Beginn der Verjährungsfrist zu sorgen.

Zu Art. 172 Abs. 2 IPRG:

Art. 172 Abs. 2 bestimmt heute, dass nur Pfandgläubiger und privilegierte Gläubiger zur Kollokationsklage nach Art. 250 SchKG berechtigt sind. Bei dieser Bestimmung wurde seinerzeit vermutlich übersehen, dass eine Kollokationsklage auch auf Bestreiten einer Forderung gerichtet sein kann (Art. 250 Abs. 2 SchKG). Die (ungerechtfertigte) Zulassung einer pfandgesicherten oder privilegierten Forderung im schweizerischen Hilfsverfahren beeinträchtigt die Ansprüche der ausländischen, am Hilfsverfahren ansonsten nicht beteiligten Gläubiger. Diese müssten die Möglichkeit haben, direkt oder indirekt über die ausländische Konkursverwaltung die Kollokation solcher Forderungen anzufechten. Es wird daher in Anlehnung an Art. 171 Abs. 2 folgende Neuformulierung vorgeschlagen:

«Zur Kollokationsklage nach Artikel 250 Absatz 1 SchKG sind nur Gläubiger nach Absatz 1 berechtigt. Die Kollokationsklage nach Artikel 250 Absatz 2 SchKG kann auch durch die ausländische Konkursverwaltung oder durch einen dazu berechtigten Konkursgläubiger erhoben werden».

Zu Art. 174a IPRG:

Das Vorhaben, auf die Durchführung eines Hilfsverfahrens verzichten zu können, wenn sich keine Schweizer Gläubiger gemeldet haben, ist grundsätzlich zu begrüßen. Nur allzu oft wird ein solches Verfahren einzig durchgeführt, um ein Guthaben ins Ausland transferieren oder einen Anspruch einklagen zu können.

Vernünftigerweise sollte nicht nur der ausländischen Konkursverwaltung, sondern auch dem Schweizer Konkursamt ein entsprechendes Antragsrecht zustehen.

Zu Art. 244a SchKG:

Es ist gesetzgebungstechnisch nicht verständlich, weshalb die fragliche Bestimmung nach Art. 244 und nicht nach Art. 207 SchKG eingefügt werden soll, d.h. nach dem Artikel, der Art. 63 KOV zugrunde liegt.

Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung besteht der Zweck von Art. 63 KOV darin, den Konkursgläubigern dadurch Zeit und Geld zu ersparen, dass sie nicht nach Auflegung des Kollokationsplans einen bereits teilweise instruierten Prozess neu beginnen müssen. Als Beginn der Instruktion des Prozesses könne deshalb frühestens die Klagebegründung betrachtet werden. Nicht entscheidend sei demgegenüber die Rechtshängigkeit oder die Durchführung einer Sühneverhandlung (vgl. BGE 113 III 134 E. 4b).

Da die Kollozierung für die Konkursverwaltung und damit auch für die Gläubiger die weitaus einfachere und effizientere Lösung darstellt, als die (Weiter-)Führung eines Prozesses - insbesondere noch im Ausland - ist unbedingt daran festzuhalten, dass kein ausländischer Prozess das Kollokationsverfahren ersetzen soll, wenn dort nicht zumindest die schriftliche Klagebegründung eingereicht worden ist. Hinzu kommt, dass die Dauer von Gerichtsverfahren im Ausland teilweise länger dauert als ein schweizerischer Kollokationsprozess. Die im Entwurf vorausgesetzte Erwartung einer Entscheidung innert angemessener Frist wird auf Grund ihrer Unbestimmtheit voraussichtlich nur in Extremfällen helfen. Die neue Regelung wird deshalb zur Folge haben, dass die Dauer von Konkursverfahren in solchen Fällen erheblich steigt, was der Intension des SchKG klar widerspricht.

Zu Art. 37g Abs. 4^{bis} BankG

Vgl. Bemerkung zu Art. 172 IPRG.

Staatsverträge:

Die erwähnten alten Staatsverträge zwischen der Schweiz bzw. einigen Kantonen und verschiedenen deutschen Gebietseinheiten aus dem 19. Jahrhundert haben keine grosse praktische Bedeutung und es besteht daher kaum Erfahrung mit deren Anwendung. Es spricht daher grundsätzlich nichts dagegen, diese internationalen Übereinkünfte aufzuheben.

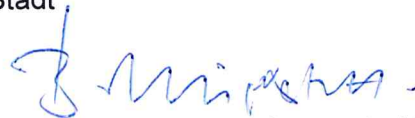
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie höflich, die Anliegen des Kantons Basel-Stadt zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

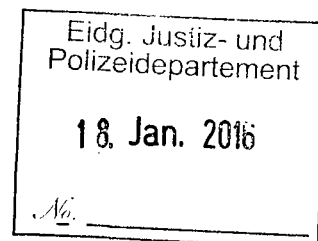
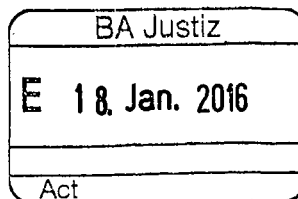
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Per Mail an: ipr@bj.admin.ch

13. Januar 2016

RRB-Nr.: - - 2 3 / 2 0 1 6
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen 11.36-15.58
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale
Privatrecht (Konkurs / Nachlassvertrag).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die ihm gebotene Möglichkeit, sich zur
rubrizierten Revision des IPRG äussern zu können.

Zu dieser Thematik wurden die Geschäftsleitung der bernischen Betreibungs- und Konkurs-
ämter sowie die kantonale Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibungs- und Konkursachen be-
grusst. Für sie alle ist die vorliegende Revision unbestritten. Insbesondere mit Ihren Ausführ-
ungen im Bericht unter Ziff. 4.2 (zu den alten Staatsverträgen) ist der Regierungsrat einver-
standen. Solche Spezialabmachungen mit heute nicht mehr existierenden territorialen Einhei-
ten machen im SchKG keinen Sinn mehr.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident

Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber

Christoph Auer



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne
Par courrier électronique à ipr@bj.admin.ch

Fribourg, le 19 janvier 2016

**Avant-projet concernant une modification de la Loi sur le droit international privé
(faillite et concordat)**

Madame, Monsieur,

Le courrier de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga relatif à l'ouverture de la procédure de consultation concernant l'objet mentionné en titre nous est bien parvenu et a retenu toute notre attention.

De manière générale, nous sommes favorables aux modifications proposées dans la mesure où elles apportent des simplifications dans le processus de liquidation. En effet, elles simplifient autant la reconnaissance des décisions de faillites étrangères que leur traitement en Suisse. Nous sommes également d'avis que la possibilité de renoncer à la faillite ancillaire est judicieuse car, en l'absence de créanciers gagistes ou privilégiés, il semble que certaines liquidations puissent être menées par l'administration de la faillite étrangère, sans que la souveraineté de la Suisse ne s'en trouve menacée.

Finalement, afin d'offrir une vue globale de la question de la collocation en cas de procès en cours, le nouvel article 244a LP devrait, selon nous, être transposé à l'article 63a OAO (RS 281.32).

En vous remerciant de nous avoir consultés à ce sujet, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Marie Garnier
Présidente



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 3 février 2016

Le Conseil d'Etat

317-2016

BA Justiz
E - 4. Feb. 2016
Act

Madame Simonetta SOMMARUGA
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation relative à la modification de la loi fédérale sur le droit international privé (faillite et concordat) (LDIP) : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions d'avoir sollicité l'avis du Conseil d'Etat sur l'objet mentionné sous rubrique et vous faisons volontiers part de notre détermination à son propos.

Notre Conseil soutient les modifications concernées ayant pour but d'améliorer et de moderniser la loi fédérale sur le droit international privé, du 18 décembre 1987 (LDIP) dans le domaine de la faillite et du concordat, en simplifiant notamment les conditions et la procédure de reconnaissance des décisions de faillite et des concordats étrangers.

Il adhère à la nouvelle réglementation proposée par l'avant-projet et aux principes en découlant.

Les solutions retenues ont, en outre, pour avantage de respecter la règle consistant à privilégier, pour des raisons de politique sociale, certaines catégories de créanciers dignes de protection, comme les salariés.

Elles ne génèrent aucune conséquence sur le plan financier ou celui du personnel pour la Confédération, les cantons et les communes

La mise en œuvre de la révision envisagée présente également le mérite de ne requérir que l'adaptation de la loi fédérale sur le droit international privé, du 18 décembre 1987 (LDIP) ainsi que celles de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite, du 11 avril 1889 (LP) et de la loi sur les banques, du 8 novembre 1934 (LB).

Enfin, notre Conseil est favorable à l'abrogation formelle par la Confédération, des conventions internationales en matière de faillite qui lient le canton de Genève à des entités territoriales du 19ème siècle faisant désormais partie de l'Allemagne. Il s'agit plus

exhaustivement de la Convention des 11 mai et 27 juin 1834 entre certains cantons suisses, dont celui de Genève et le Royaume de Bavière ainsi que de la Convention des 4 et 18 février 1837 entre certains cantons suisses, dont celui de Genève et le Royaume de Saxe.

En vous réitérant nos remerciements de nous avoir offert la possibilité de prendre position sur cette modification de la loi fédérale existante, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

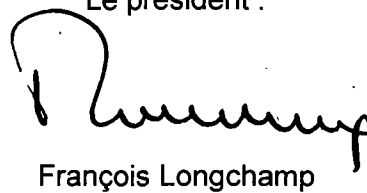
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

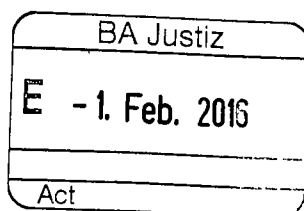


Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Glarus, 26. Januar 2016
Unsere Ref: 2015-187

Vernehmlassung in Sachen Vorentwurf und erläuternder Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Vorlage wird von uns begrüsst. Insbesondere mit den Ausführungen im Bericht hinsichtlich des Vorgehens bei den internationalen Staatsverträgen sind wir einverstanden. Solche alten Spezialabmachungen mit nicht mehr existierenden Staaten erschweren die Rechtsfindung und schaffen Rechtsunsicherheit. Unter den im Bericht aufgezählten Kantonen, für die internationale Verträge bestehen, ist der Kanton Glarus nicht erwähnt. Unsere Nachforschungen haben jedoch ergeben, dass der Kanton Glarus 1859 folgenden Verträgen beigetreten ist:

- Übereinkunft mit der Krone Württemberg vom 12. Dezember 1825 / 13. Mai 1826 betreffend die Konkursverhältnisse und gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Konkursfällen;
- dem entsprechenden Vertrag mit dem Königreich Bayern vom 11. Mai / 27. Juni 1834;
- dem entsprechenden Vertrag mit dem Königreich Sachsen vom 4. / 18. Februar 1837.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

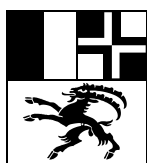
Für den Regierungsrat


Röbi Marti
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

versandt am: 27. Jan. 2016



Sitzung vom

02. Februar 2016

Mitgeteilt den

02. Februar 2016

Protokoll Nr.

80

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

auch als PDF- und Word-Datei per E-Mail zustellen an: ipr@bj.admin.ch

**Vorentwurf und erläuternder Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über
das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 geben Sie uns die Gelegenheit, zu oberwähntem Geschäft Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Revisionsvorlage und hat keine weiteren Bemerkungen dazu.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Christian Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

i.V. lic.iur. W. Frizzoni

Von: [Alfieri Anna Claudia BJ](#)
An: [Röthlisberger Lea BJ](#)
Cc: [Rodriguez Rodrigo BJ](#)
Betreff: TR: consultation du 21 octobre 2015 - loi sur le droit international privé
Datum: Freitag, 3. Juni 2016 14:45:07
Anlagen: [image003.jpg](#)

Von: Ribeaud Sandrine <sandrine.ribeaud@jura.ch>

Datum: 3. Juni 2016 um 14:25:52 MESZ

An: "rodrigo.rodriguez@bj.admin.ch" <rodrigo.rodriguez@bj.admin.ch>

Kopie: Allimann Denis <denis.allimann@jura.ch>

Betreff: consultation du 21 octobre 2015 - loi sur le droit international privé

Monsieur,

Faisant suite à votre entretien téléphonique avec Monsieur Denis Allimann du Service juridique de la République et Canton du Jura, je vous informe que le Gouvernement jurassien a renoncé à prendre position au sujet de la consultation concernant une modification de la loi sur le droit international privé (faillite et concordat).

Restant à votre disposition, je vous présente, Monsieur, mes salutations les meilleures.



République et Canton du Jura
Secrétariat de la Chancellerie d'Etat

Sandrine Ribeaud

Secrétaire du chancelier

Hôpital 2

CH-2800 Delémont

T +41 32 420 7205

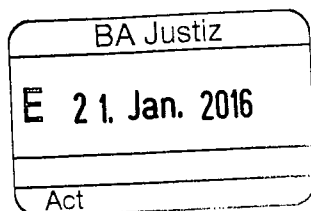
F +41 32 420 7201

sandrine.ribeaud@jura.ch



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Luzern, 19. Januar 2016

Protokoll-Nr.: 61

**Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Konkurs und Nachlassvertrag)**

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vorentwurf einer Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG) Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir zu den geplanten Änderungen keine Bemerkungen anzubringen haben. Mit den Änderungen werden die Mängel des geltenden schweizerischen internationalen Konkurs- und Sanierungsrechts behoben.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat

auch per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

**LE CONSEIL D'ÉTAT**DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTELDistribution :

Destinataire..... 1
Service des poursuites
et faillites..... 1
DJSC..... 2
Chancellerie..... 1

Office fédéral de la justice
M. Rodrigo Rodriguez
Bundesrain 20
3003 Berne

Modification de la loi sur le droit international privé (faillite et concordat)

Monsieur,

Nous avons bien reçu la correspondance de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga concernant un avant-projet de modification de la loi sur le droit international privé (LDIP) et l'en remercions.

En préambule, nous approuvons la volonté des autorités fédérales de moderniser la LDIP dans le domaine des faillites internationales et notamment de simplifier les conditions de reconnaissance des décisions étrangères. La mondialisation de l'économie devrait en effet impliquer inévitablement une multiplication de telles situations.

Si, sur le fond, nous pouvons souscrire à cette modification, nous regrettons néanmoins la relative imprécision des modalités d'application en particulier du nouvel article 244a de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP) en lien avec l'article 63 de l'ordonnance sur l'administration des offices de faillite (OAOF). On peut en particulier relever que la durée des procédures étrangères est particulièrement difficile à évaluer et que les décisions sur l'état de collocation pourraient ainsi sensiblement se complexifier.

Enfin, dans ce contexte, nous n'avons aucune objection à l'abrogation des conventions internationales qui lient entre autres notre canton avec d'anciennes entités territoriales qui sont aujourd'hui des parties intégrantes de l'Allemagne.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette consultation, nous vous prions de croire, Monsieur, à l'expression de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 20 janvier 2016

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

ipr@bj.admin.ch

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. Januar 2016

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 hat uns die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und nehmen gerne wie folgt Stellung.

- Zu Art. 166 Abs. 2 IPRG

Der hier im Vorentwurf verwendete Begriff der „Zweigniederlassung“ soll offenbar nicht dem in Art. 935 OR verwendeten entsprechen, sondern demjenigen der Geschäftsniederlassung von Art. 50 Abs. 1 SchKG. Somit sollte auch in Art. 166 Abs. 2 IPRG der Begriff „Geschäftsniederlassung“ verwendet werden.

- Zu Art. 170 Abs. 3 IPRG

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum die ausländische Konkursverwaltung oder ein Gläubiger bis zur Anerkennung des ausländischen Kollokationsplans – unter Leistung der voraussichtlich ungedeckten Kosten (Kostenvorschuss/Sicherheitsleistung) – die Einsetzung einer ausseramtlichen Konkursverwaltung verlangen kann. Dies sollte unserer Meinung nach nur bis zum Ablauf des Schuldenrufs möglich sein.

Eine ausseramtliche Konkursverwaltung übt eine öffentlich-rechtliche Funktion aus (vgl. Haftung des Staates bei Schadenseintritt). Daher ist das Gesetz entsprechend noch zu ergänzen, dass für diese Aufgabe nur Personen mit Wohnsitz in der Schweiz in Frage kommen.

- Zu Art. 171 IPRG

Die Bestimmung, dass für die Berechnung der Fristen das Datum der ausländischen Konkursöffnung massgebend ist, erachten wir als gefährlich. Beantragt die ausländische Konkursverwaltung zum Beispiel die Anerkennung des Konkursdekrets erst kurz vor Ablauf der Fristen von Art. 285 - 292 (insbesondere Art. 286 – 288) SchKG, steht der Konkursverwaltung in der Schweiz nur noch wenig Zeit zur Verfügung, um Anfechtungsansprüche festzustellen und die Verjährung zu unterbrechen. Dies kann zu unnötigen Streitigkeiten zwischen der ausländischen, sowie der schweizerischen Konkursverwaltung und den Gläubigern führen. Es ist daher eine Regelung zu finden, damit der Schweizerischen Konkursverwaltung

auf alle Fälle genügend Zeit für Abklärungen und Einleitung der sich aufdrängenden Schritte zur Verfügung steht.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Hans Wicki
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail:
jpr@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2370
Unser Zeichen: ma

Sarnen, 18. Januar 2016

Vernehmlassung zum Vorentwurf und erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag); Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag). Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG) einverstanden und haben keine weiteren Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Amt für Justiz
- Gerichte OG/VG
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.2370)

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

per E-Mail an:
ipr@bj.admin.ch

Schaffhausen, 2. Februar 2016

**Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt kurz Stellung.

Sämtliche Vorschläge, welche betreffend das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) zur Änderung anstehen, gehen unseres Erachtens in die richtige Richtung. Einzelne Verfahren werden dadurch für alle Beteiligten vereinfacht. In diesem Zusammenhang hervorzuheben ist insbesondere die mit den Änderungen einhergehende Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens. Zudem ist auch die Möglichkeit des Verzichts auf die Durchführung eines Hilfsverfahrens nach Massgabe von Art. 172 Abs. 1 IPRG sehr zu begrüßen. So werden unnötige Leerläufe beim bisherigen Hilfskonkurs möglichst vermieden und der Zugang ausländischer Insolvenzverwalter zu den schweizerischen Gerichten und Behörden vereinfacht.

Auch der möglichen Aufhebung der Staatsverträge aus dem 19. Jahrhundert zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Krone Württemberg, dem Kanton Schaffhausen und dem Königreich Bayern sowie dem Kanton Schaffhausen und dem Königreich Sachsen im Bereich des internationalen Konkursrechts können wir unsere vorbehaltlose Zustimmung geben. Die Staatsverträge sind in die Jahre gekommen und bereits heute wird mit den angrenzenden

deutschen Amtsgerichten in Konkursangelegenheiten eine gute Zusammenarbeit gepflegt, ohne sich jeweils auf die vorgenannten Staatsverträge berufen zu müssen. Die Anwendung der Staatsverträge führt oftmals zu Unsicherheiten, was sich für eine schlanke Abwicklung des Konkursverfahrens eher negativ auswirkt.

Unser Augenmerk richtet sich auch besonders auf die vorgeschlagene Schaffung von Art. 174b IPRG. Diese neue gesetzliche Grundlage ermöglicht eine Kooperation und Koordination unter den zuständigen Zwangsvollstreckungsbehörden, die sehr begrüsst wird.

Zu Ziff. 1.3.2.3. des Berichts

Zu überlegen wäre, ob nicht – wie in allen anderen Teilen des IPRG auch – eine Bestimmung zum anwendbaren Recht aufgenommen werden sollte. Zwar gilt allgemein der Grundsatz der *lex fori concursus*. Doch kann sich bei Klagen ausländischer Insolvenzverwalter, die inskünftig erleichtert werden, die Frage stellen, welchem Recht diese unterstehen. Für die Anfechtungsklage wird zwar in Art. 171 SchKG aufgrund des Verweises auf die Art. 285 ff. SchKG schweizerisches Recht festgelegt. Andere Klagen, z.B. Admassierungsklagen, werden damit aber nicht erfasst.

Gestützt auf diese Ausführungen begrüssen wir die vorgeschlagenen Änderungen und Anpassungen des IPRG.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

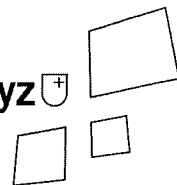
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Dr. Reto Dubach

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger



6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

Schwyz, 2. Februar 2016

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag)
Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 werden die Kantonsregierungen eingeladen, bis 5. Februar 2016 zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) Stellung zu nehmen. Aus Sicht des Kantons Schwyz ergeben sich folgende Bemerkungen:

Der Regierungsrat stimmt der Stossrichtung der Vorlage zu, wenn die Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets im Kanton auch selten vorkommt. Bedenken bestehen hinsichtlich des Verzichts auf ein schweizerisches Hilfsverfahren, wenn sich keine Gläubiger in der Schweiz melden. Zwar soll die ausländische Konkursverwaltung keine hoheitlichen Handlungen in der Schweiz vornehmen dürfen, sondern nur die Rechte des Schuldners vor der Konkurseröffnung haben (Art. 174a IPRG). Erfahrungsgemäss muss jedoch davon ausgegangen werden, dass ausländische Konkursverwaltungen ihre standardisierten Abläufe und Formulare auch in der Schweiz anwenden und damit hoheitlich handeln werden (Strafandrohungen, usw.).

Dass sich die Kosten eines Hilfsverfahrens nur ab Vermögenswerten ab circa Fr. 10 000.-- lohnen sollen, gilt nicht nur für den Hilfskonkurs, sondern auch für jedes normale Konkursverfahren in der Schweiz. Zu erinnern ist, dass von jedem Gläubiger heute ein Kostenvorschuss je nach Gericht von bis zu Fr. 4500.-- nur für die Konkurseröffnung und die Aufnahme des Konkursverfahrens verlangt wird. Regelmässig müssen für die Durchführung selbst des summarischen Konkursverfahrens nochmals mehrere tausend Franken durch den Gläubiger vorgeschossen werden. Die Kosten des Hilfsverfahrens können somit kein Grund für eine Gesetzesänderung sein.

Die in Ziffer 4.2 des erläuternden Berichts erwähnten Staatsverträge, u.a. jener des Kantons Schwyz mit dem Königreich Sachsen von 1837, stellen die Praxis vor kaum zu lösende Probleme, u.a. wegen der anwendbaren Verfahrensbestimmungen und ihres räumlichen Geltungsbereichs. Die Verträge sind schlicht nicht mehr zeitgemäss und sollten formell aufgehoben werden.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Andreas Barraud, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPd
Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

19. Januar 2016

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Konkurs und Nachlassvertrag)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 21. Oktober 2015 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Die Revision sieht eine willkommene Modernisierung des schweizerischen internationalen Konkurs- und Sanierungsrechts vor. Einige der vorgeschlagenen Neuerungen lehnen sich an die bewährte, geltende internationale Bankeninsolvenzgesetzgebung an, welche inskünftig für die Auslegung einzelner der geplanten neuen Bestimmungen dienen wird.

Insbesondere der Verzicht auf das Gegenrechtserfordernis (Art. 166 Abs. 1 VE IPRG) und die damit verbundene Möglichkeit, auf Antrag der ausländischen Konkursverwaltung, des ausländischen Schuldners oder eines Konkursgläubigers ein ausländisches Konkursdekret erleichtert anerkennen zu können, wird begrüsst.

Insgesamt entspricht die geplante Revision des internationalen Konkurs- und Sanierungsrechts dem internationalen Trend der absoluten Gleichbehandlung aller in- und ausländischen Gläubiger an einem einzigen Konkursort.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Ausführungen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Fürst
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 15. Januar 2016

**Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Konkurs und Nachlassvertrag); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 haben Sie uns zur Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die vorgeschlagenen Änderungen zur Modernisierung des internationalen Konkursrechts werden begrüsst. Nachdem das Bankeninsolvenzrecht im Jahre 2004 revidiert und anerkennungsfreundlicher ausgestaltet worden ist, aber auch mit Blick auf die einheitlichen Regelungen in der europäischen Insolvenzverordnung, sind die vorgeschlagenen Änderungen zu befürworten.

Zu den einzelnen Änderungen äussern wir uns wie folgt:

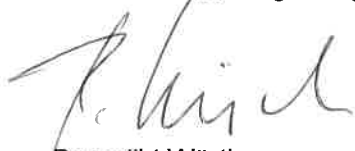
- Die Aufhebung des Gegenrechtserfordernisses wird begrüsst. Das Verfahren der Anerkennung ausländischer Konkursdekrete wird damit nicht unerheblich erleichtert. Die Interessen der inländischen Gläubiger sind nach wie vor gewahrt.
- Die Änderung, wonach neu nicht mehr in jedem Fall automatisch ein Hilfsverfahren durchzuführen ist, wird begrüsst. Die Durchführung eines Hilfsverfahrens soll nur dann erfolgen, wenn schutzbedürftige inländische Gläubiger vorhanden sind. Obschon das schweizerische Hilfsverfahren auf die inländischen Gläubiger ausgerichtet ist, muss in der Praxis festgestellt werden, dass in vielen Fällen gar keine inländischen Gläubiger vorhanden sind. Aus verfahrensökonomischen Gründen sowie aus Gründen des Gläubigerschutzes ist zu begrüssen, dass Hilfsverfahren nur dort geführt werden, wo dies zum Schutz inländischer Gläubiger erforderlich ist.
- Wird kein Hilfsverfahren durchgeführt, soll das in der Schweiz liegende Vermögen der ausländischen Konkursverwaltung zur Verfügung gestellt werden. So soll die ausländische Konkursverwaltung alle privatrechtlichen Befugnisse ausüben können, die dem



Schuldner vor der Konkurseröffnung zustanden. Diese Regelung beschränkt sich auf privatrechtliches Handeln und ist im Grundsatz zu befürworten. Die Abgrenzung zu hoheitlichem Handeln kann im Einzelfall jedoch fliegend sein und zu Problemen führen. Die Möglichkeit des Gerichtes, bei einem Verzicht auf Durchführung eines Hilfsverfahrens der ausländischen Konkursverwaltung Bedingungen und Auflagen aufzuerlegen, erscheint ein valables Mittel, um solchen Problemen entgegenzuwirken.

- Die Neuerung, dass im Kollokationsplan des inländischen Hauptkonkursverfahrens neu auch Forderungen vorgemerkt werden, die im Ausland bereits Gegenstand eines Prozesses sind, wird begrüsst. Es erscheint sachgerecht, bei dieser Gelegenheit die gemäss Art. 63 der eidgenössischen Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter (SR 281.32; abgekürzt KOV) bestehende Regelung auch auf Forderungen auszudehnen, die im Zeitpunkt der Konkurseröffnung im Ausland Gegenstand eines Prozesses sind. Auslegungsbedürftig wird im Einzelfall sein, ob die Voraussetzung gegeben ist, dass vom ausländischen Gericht innert angemessener Frist ein anerkennbarer Entscheid vorliegt.

Im Namen der Regierung


Benedikt Würth
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail an:
ipr@bj.admin.ch

numero			Bellinzona
102	fr	1	20 gennaio 2016

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
Bundesrain 20
3003 Berna

Procedura di consultazione concernente la modifica della legge federale sul diritto internazionale privato (LDIP) (fallimento e concordato)

Gentile signora Consigliera federale,

abbiamo ricevuto il testo di Avamprogetto (AP) relativo alla suindicata procedura; ringraziandovi per l'opportunità riservatoci di esprimere il nostro parere, formuliamo le seguenti considerazioni. Il tema delle procedure fallimentari a connotazione internazionale retto dagli artt. 166 ss LDIP costituisce un argomento assai complesso, implicando una stretta interazione fra sistemi giuridici disparati ed eterogenei fra loro che ha conosciuto negli anni passati una marcata evoluzione successivamente all'adozione delle norme in vigore, segnatamente tramite regolamentazioni tipo adottate a livello internazionale¹.

Malgrado il numero relativamente contenuto delle casistiche annoverate nell'AP e la conseguente scarsa dimestichezza al di fuori della ristretta cerchia degli addetti ai lavori, le relative implicazioni non possono essere ignorate, atteso come le ricadute dal profilo economico possono rivelarsi rilevanti, di guisa che appare da salutare positivamente l'iniziativa di procedere ad un adattamento delle norme odierne. In tal modo si attua la recezione di regole adottate a livello internazionale, il colmataggio di alcune lacune, ispirandosi pure alla recente dottrina relativamente cospicua ed infine si promuove il coordinamento con il diritto estero corrispondente. Notisi al riguardo la presenza nella limitata realtà ticinese di uno studio specifico edito alcuni anni orsono a cura del giudice. C.J., attuale presidente della CEF che attesta l'attenzione attribuita al tema da parte degli organi preposti².

Premessa

Dal profilo metodologico si prende atto che l'AP intende rivedere le succitate disposizioni della LDIP rinunciando ad intraprendere percorsi maggiormente ambiziosi ed impegnativi,

¹ Cfr. UN resolution 52/158 della Commissione delle NU per il diritto commerciale internazionale (UNCITRAL) del 1997; Regolamento CE n.2015/848 del 20.5.2015 relativo alle procedure di insolvenza.

² Charles JAKUES, La reconnaissance et les effets en Suisse d'une faillite ouverte à l'étranger, Bellinzona 2006.

segnatamente il ricorso ad una soluzione convenzionale a livello internazionale o l'adozione di una normativa più esaustiva di carattere globale del diritto di fallimento internazionale, eventualità ritenute non strettamente indispensabili.

Comprendiamo le motivazioni addotte a suffragio di tale scelta, e riteniamo senz'altro prioritario procedere nel modo più celere possibile, privilegiando un miglior coordinamento delle varie procedure tramite un moderno strumento legislativo atto a completare la LDIP su punti oggi poco chiari o lacunosi, in modo da eliminare potenziali ostacoli al riconoscimento di procedure fallimentari estere e che oggi ne rendono più ardua l'attuazione in nome del principio della territorialità. Si giunge così ad eliminare possibili barriere snellendo al contempo un oneroso sistema burocratico ed agevolando l'attuazione degli effetti transfrontalieri oggi sottoposto a condizioni restrittive del riconoscimento, mediante l'estensione dello stesso a fallimenti decretati nel centro degli interessi principali del debitore (noto come "COMI").

Tutto ciò al fine di rendere il sistema vigente meno macchinoso, istituendo l'eventualità di prescindere da formalità ritenute superate o inutili.

Si annota di transenna come il progetto presenti varie disposizioni che nella prassi già sono state applicate dalla giurisprudenza cantonale o perlomeno auspiccate dalla stessa e dalla dottrina.

In generale pertanto le modifiche proposte meritano approvazione, con le seguenti precisazioni³.

1. Soppressione dell'esigenza di reciprocità

Va senz'altro accolta favorevolmente la soppressione dell'esigenza di reciprocità, perché porta a una semplificazione della procedura, di per sé già gravosa; i presupposti, oltre a quello della reciprocità, non sono infatti meno di sette⁴.

Fra altro non sempre appare immediato dedurre l'esistenza di tale requisito, spingendo talora i richiedenti a ricorrere alla consulenza dell'Istituto di diritto privato comparato a Losanna.

2. Competenza indiretta al foro del centro degli interessi principali del fallito

Il nuovo art. 166 cpv. 1 lett. c n. 2 proposto dal Consiglio federale non è del tutto una novità per il Ticino, perché la regola è già stata applicata in via giurisprudenziale dal tribunale cantonale. In effetti, con un'interpretazione fondata su una riduzione teleologica del testo dell'art. 166 cpv. 1 LDIP, la CEF ha ammesso la competenza indiretta delle autorità italiane in due fallimenti aperti in Italia contro due società del gruppo Parmalat la cui sede statutaria era situata nei Paesi Bassi, considerando come sede il centro dei loro interessi principali (il noto "COMI" nel senso dell'art. 3 del Regolamento europeo sull'insolvenza), così da evitare la situazione claudicante che sarebbe risultata ove non fosse stata ammessa la competenza indiretta italiana, per contro riconosciuta nei Paesi Bassi⁵.

La codificazione di questa regola risponde comunque all'esigenza di sicurezza del diritto. Tuttavia, non pare opportuno escludere la competenza indiretta dell'autorità estera che ha dichiarato il fallimento al foro del centro degli interessi principali della società debitrice (il problema non si pone per le persone fisiche, il cui domicilio coincide sempre con il centro dei loro interessi principali) anche qualora la sede statutaria si trova in Svizzera: sussiste infatti il rischio di un conflitto di competenze negativo ove nessun creditore chiedi l'apertura del fallimento in Svizzera,

³ Le considerazioni seguenti riprendono in larga misura quelle espresse da parte della Camera esecuzione e fallimenti del Tribunale d'appello cantonale (CEF) in merito all'Avamprogetto.

⁴ Charles JAKUES, La reconnaissance et les effets en Suisse d'une faillite ouverte à l'étranger, pag. 45; ad es. sentenza della Camera di esecuzione e fallimenti del Tribunale d'appello [CEF] 14.2006.123 del 22 novembre 2007, consid. 4, in un caso in cui la Camera ha ammesso che il diritto delle Isole Vergini Britanniche offre reciprocità.

⁵ JAKUES, op. cit., pag. 37 ss; ad 4.

segnatamente quando il valore dei beni localizzati in Svizzera è esiguo. Gli interessi dei creditori chirografari con domicilio o sede in Svizzera sono del resto sufficientemente protetti tramite l'obbligo di riconoscimento della graduatoria straniera posto all'art. 173 cpv. 2-3 LDIP⁶. Si propone quindi la seguente modifica:

Art. 166 cpv. 1 lett. c n. 2

nello Stato nel quale era situato il centro degli interessi principali del debito

3. Estensione al debitore della facoltà di chiedere il riconoscimento in Svizzera di un fallimento estero

La questione della legittimazione attiva del debitore è controversa⁷. Il rapporto esplicativo è restrittivo quanto alla nozione di "debitore", limitandola alla figura del "debtor in possession", ovvero al debitore cui è stata conferita una funzione analoga a quella dell'amministratore del fallimento, la concretizzazione di tale nozione essendo lasciata alla giurisprudenza. Il testo del nuovo art. 166 cpv. 1 LDIP parla però genericamente di "debitore". Ci si potrebbe chiedere se non sia opportuno precisare che solo il "debitore debitamente autorizzato" è legittimato a chiedere il riconoscimento.

4. Coordinamento delle procedure ancillari e di fallimento della succursale svizzera (art. 166 cpv. 2)

L'AP prodotto in consultazione si prefigge fra l'altro di introdurre una maggiore armonizzazione fra la procedura ancillare e quella fallimentare creata dal foro della succursale giusta l'art. 50 cpv. 1 LEF, cui l'attuale art. 166 cpv. 2 LDIP conferisce priorità, favorendo innegabilmente i creditori della succursale sui beni della medesima rispetto agli altri creditori. La precedenza della procedura ancillare introdotta dall'AP rispetto alla procedura di fallimento della succursale è conforme al carattere generale e collettivo del fallimento e all'assenza di personalità propria della succursale. Il diniego di privilegiare i creditori chirografari della succursale corrisponde al principio fondamentale della parità di trattamento dei creditori (art. 220 LEF). La situazione vigente oggi favorisce senza motivo i creditori della succursale rispetto ai creditori (svizzeri ed esteri) della società in generale⁸.

La nuova normativa avrà per effetto pratico di rinviare una parte dei creditori della succursale alla procedura fallimentare generale aperta all'estero, qualora l'istanza di riconoscimento del decreto di fallimento straniero sia stata presentata prima, restando impregiudicata per alcuni dei creditori privilegiati, segnatamente quelli domiciliati in Svizzera, la facoltà di avvalersi dei loro diritti in sede di procedura ancillare secondo l'art. 172 LDIP. Per gli altri permane riservata una verifica relativa alla parità di trattamento garantita nell'ambito del riconoscimento della graduatoria estera giusta l'art. 173 cpv. 3 LDIP.

5. Inizio degli effetti (tipici) del riconoscimento in Svizzera del fallimento estero (art. 170 cpv. 2)

È controversa la questione di sapere da quale momento iniziano gli effetti tipici del fallimento estero riconosciuto in Svizzera. Dal testo dell'art. 170 cpv. 1 LDIP il momento determinante appare essere quello dell'emanazione della decisione di riconoscimento mentre secondo l'art. 170 cpv. 2 LDIP, applicabile però solo ai termini (come il termine di 6 mesi per il privilegio dei crediti del lavoratore giusta l'art. 219 cpv. 4 Prima classe lett. a LEF), il momento tipico è quello della pubblicazione della decisione di riconoscimento. Per coerenza con la regola applicabile in diritto interno (art. 175 cpv. 1 LEF), sia gli effetti che i termini (tranne quelli in materia revocatoria, cfr.

⁶ JAQUES, op. cit., pagg. 39-40 ad 5, con rinvii.

⁷ JAQUES, op. cit., pag. 36.

⁸ Decisione della CEF 14.2004. del 24 settembre 2004, consid. 1).

art. 171 cpv. 1 nLDIP) dovrebbero decorrere dall'emanazione della sentenza di riconoscimento⁹. Il testo dell'art. 170 cpv. 2 LDIP andrebbe quindi modificato come segue:

Art. 170 cpv. 2 (nuovo)

2 Gli effetti e i termini giusta il diritto svizzero decorrono dal momento indicato nella decisione di riconoscimento. È fatto salvo l'art. 171 cpv. 1.

6. Impugnabilità della graduatoria: proposta di abrogazione dell'art. 172 cpv. 2 LDIP

L'art. 172 cpv. 2 LDIP attuale è lesivo del diritto costituzionale dei creditori chirografari di essere sentiti su una decisione che tocca i loro interessi¹⁰. Andrebbe abrogata.

Art. 172 cpv. 2

2 [abrogato]

7. Rinuncia alla procedura ancillare

Anche il nuovo art. 174a cpv. 1 proposto dal Consiglio federale non costituisce una novità per il Ticino, perché la regola che esprime è già stata formulata in via giurisprudenziale dal tribunale cantonale. La CEF ammette infatti già da tempo la rinuncia alla procedura ancillare (o meglio al deposito della graduatoria e alla realizzazione dei beni situati in Svizzera) nei casi in cui nessun creditore domiciliato in Svizzera si è annunciato¹¹.

Va però segnalato che, secondo la giurisprudenza cantonale, è possibile rinunciare anche alla procedura di riconoscimento della graduatoria straniera (giusta l'art. 173 cpv. 2-3 LDIP), quando dovesse risultare dalle dichiarazioni dell'amministrazione estera del fallimento principale e dall'assenza di reazione alla pubblicazione editale della domanda di consegna in natura a detta amministrazione dei beni del fallito situati in Svizzera che nessun creditore con domicilio o sede in Svizzera fa valere pretese contro il fallito¹². Per economia di procedura e di costi, in alcuni casi di procedure ancillari aperte in Ticino si è addirittura integrato nella pubblicazione dell'invito ai creditori privilegiati a insinuare i propri diritti nella graduatoria nel senso dell'art. 172 LDIP, un analogo invito ai creditori chirografari con domicilio o sede in Svizzera ad annunciare i propri diritti in vista dell'eventuale successiva procedura di riconoscimento della graduatoria estera, con l'avvertenza che in caso di silenzio si sarebbe rinunciato alla procedura di riconoscimento della graduatoria estera. Nel segno di un alleggerimento dei costi e di una semplificazione della procedura, si propone di modificare gli art. 173 cpv. 2 e 174a cpv. 1 così come segue:

Art. 173 cpv. 2

2 Il saldo può essere messo a disposizione soltanto se la graduatoria straniera è stata riconosciuta, salvo che non si sia annunciato alcun creditore della terza classe giusta l'articolo 219 capoverso 4 della legge federale sull'esecuzione e sul fallimento, domiciliato in Svizzera.

Art. 174a cpv. 1

1 Se non si è annunciato alcun creditore secondo l'articolo 172 capoverso 1, ad istanza dell'amministrazione straniera del fallimento si può rinunciare a eseguire una procedura ancillare e mettere il patrimonio situato in Svizzera a disposizione della massa straniera del fallimento previo riconoscimento della graduatoria estera alle condizioni stabilite all'art. 173 capoversi 2 e 3.

⁹ JAQUES, pag. 62 ad 3, con rinvii.

¹⁰ JAQUES, op. cit., pag. 71 ad h).

¹¹ Sentenze della CEF 14.2004.27 del 20 dicembre 2004 consid. 3 e RtiD 2005 II 795 n. 94c.

¹² Sentenze della CEF 14.2009.46 dell'8 marzo 2010, consid. 3 e 14.2010.7 del 25 febbraio 2010.

Il tribunale verifica in particolare se nella procedura estera si tiene adeguatamente conto dei crediti dei creditori domiciliati in Svizzera. Questi creditori devono essere sentiti.

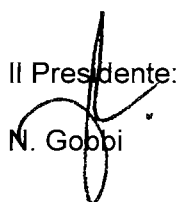
Per quanto attiene le successive proposte di modifica, segnatamente in tema di competenze dell'amministrazione del fallimento (art. 174a cpv. 2) delle quali viene prevista un'estensione limitatamente a quanto rientra nel novero degli atti di diritto privato, ciò rappresenta un corollario a quanto predisposto in precedenza e va pertanto approvato.

Anche le disposizioni attinenti la cooperazione e al coordinamento (art. 174b), al riconoscimento di decisioni su azioni revocatorie e decisioni analoghe (art. 174 c) nonché in tema di crediti oggetto di liti pendenti (art. 244a LEF) non richiedono particolari commenti e incontrano il nostro favore.

8. Abrogazione formale dei Trattati con la Corona di Wurttemberg, il Regno di Baviera e il Regno di Sassonia.

Il campo territoriale (rispettivamente Bezirk des Oberlandesgericht Stuttgart, lo Staatsgebiet des Freistaats Bayern e [controverso] il Land di Sassonia) e materiale di questi trattati è limitato e incerto¹³ (L'unica volta in cui l'applicazione di uno di quei trattati – quello del 1834 con il Regno di Baviera – si è concretamente posta¹⁴), la CEF ha in fin dei conti lasciata aperta la questione di sapere se non sia inapplicabile (e ciò già dalla costituzione dello Stato federale tedesco alla fine della seconda guerra mondiale) per il fatto che il Land di Baviera non ha adottato una legge di applicazione sulla cittadinanza bavarese (prevista dalla costituzione della Baviera), soluzione che pare tuttavia contraddire il principio dell'art. 42 cpv. 2 CV o se, visto il principio di parità di diritti e di doveri di cui alle costituzioni federale e bavarese, il trattato si applica ora ad ogni procedura d'insolvenza decretata in Baviera nei confronti di un cittadino tedesco (limitatamente ai soli beni mobili). L'istanza di riconoscimento in Svizzera della decisione di fallimento dell'Amtsgericht Kempten allora in esame poteva infatti essere accolta in base agli art. 166 segg. LDIP, norme che peraltro disciplinano anche, contrariamente ai Trattati, la procedura da seguire in Svizzera. L'abrogazione formale di questi trattati appare quindi auspicabile

Ringraziando anticipatamente per l'attenzione che sarà rivolta alle nostre osservazioni, vogliate gradire, l'espressione della nostra stima

Il Presidente:

N. Gobbi

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia p.c. a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (joerg.debernardi@ti.ch; nicolo.parente@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

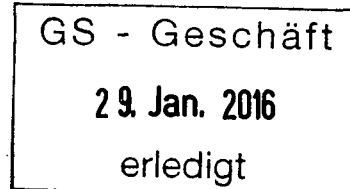
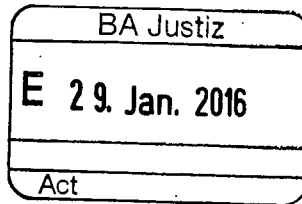
¹³ JAQUES, op. cit., pagg. 17-18.

¹⁴ Sentenza CEF 14.2006.111 del 13 luglio 2007, consid. 3.2/b.



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern



Frauenfeld, 26. Januar 2016

**Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Konkurs und Nachlassvertrag)**

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291), mit der eine Modernisierung des internationalen Konkursrechts angestrebt werden soll und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden sind. Was die unter Ziff. 4.2 der Erläuterungen erwähnten internationalen Verträge anbelangt, sind wir, soweit sie den Kanton Thurgau betreffen, mit einer Aufhebung einverstanden. Sie sind, sofern sie überhaupt noch als gültig betrachtet werden können, für unseren Kanton praktisch bedeutungslos.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber





Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs- und Nachlassvertrag); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 21. Oktober 2015 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs- und Nachlassvertrag) eine Stellungnahme abzugeben. Wir äussern uns dazu wie folgt.

Heute werden ausländische Konkursverfahren in der Schweiz nur aus Ländern anerkannt, die im Gegenzug auch das Schweizer Konkursverfahren anerkennen. Ist dies der Fall, wird auch in der Schweiz ein Verfahren eröffnet. Nur dann kann auf das in der Schweiz liegende Vermögen des Schuldners zugegriffen werden.

Das heutige System hat sich in der Praxis nicht bewährt. Insbesondere der Gegenseitigkeitsnachweis ist zu restriktiv und verzögert oder verunmöglicht die Anerkennung ausländischer Konkursentscheidungen. Dies schadet den Interessen in- und ausländischer Gläubiger. Die Vernehmlassungsvorlage verzichtet auf das Gegenrechtserfordernis. Wir begrüssen diese verfahrensrechtliche Vereinfachung. Auch erachten wir es als sachgerecht, in Zukunft nicht mehr in jedem Fall ein Hilfsverfahren durchzuführen. Dieses soll zwar auch in Zukunft die pfandgesicherten und in der Schweiz wohnhaften privilegierten Gläubiger schützen, je-

doch nur dann, wenn in der Schweiz schutzbedürftige Gläubiger existieren. Mit der vorgeschlagenen Revision wird der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft Rechnung getragen und eine bessere Koordination mit zusammenhängenden in- und ausländischen Verfahren ermöglicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen abschliessend für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 4. Dezember 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

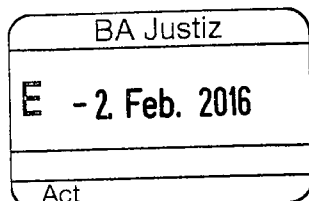
Der Kanzleidirektor

[Handwritten signature of Heidi Z'graggen]
Dr. Heidi Z'graggen

[Handwritten signature of Roman Balli]
Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne



Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

- 1. Feb. 2016

Nu. _____

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : PM/15019589

Lausanne, le 27 janvier 2016

**Procédure de consultation sur l'avant-projet de modification de la loi fédérale du
18 décembre 1987 sur le droit international privé (faillite et concordat)**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de modification de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (ci-après : LDIP) dans le domaine de la faillite et du concordat.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

I. Remarques générales

Comme il sera exposé ci-dessous, la révision proposée pose certains problèmes juridiques, tandis que l'effet simplificateur de ces modifications n'est pas évident. Quant à l'opportunité de procéder à une adaptation de la LDIP, il résulte du chiffre 1.1.4 du rapport explicatif qu'une cinquantaine de demandes de reconnaissance d'une décision de faillite étrangère ont été présentées en Suisse entre 2010 et 2014. La plupart de ces demandes émanent d'Allemagne et d'autres Etats membres de l'Union européenne (ci-après : UE). Ces constats amènent deux remarques préliminaires :

En premier lieu, le fait d'ajouter à la LDIP des dispositions visant un très petit nombre de cas pratiques et des articles très détaillés, qui font oublier les grands principes, est susceptible d'en compliquer la compréhension d'ensemble.

En second lieu, si le but est de faciliter la reconnaissance et le traitement de faillites prononcées en majorité dans des pays de l'UE, une modification de la LDIP – qui a une vocation universelle – plutôt que la signature d'un accord ciblé avec l'UE ou ses Etats membres, ne semble pas être la meilleure option.

Pour ces raisons, de façon générale, l'intérêt de la révision envisagée apparaît limité.

Sous l'angle rédactionnel, le domaine de la poursuite pour dettes et la faillite, très précis, mérite des précautions particulières. L'avant-projet utilise pourtant, dans sa

version française, plusieurs formulations passives ainsi que des notions juridiques incertaines, qui laissent subsister des ambiguïtés.

II. Remarques particulières

Ad art. 166 de l'avant-projet (ci-après : pLDIP) :

A propos de l'extension de la compétence indirecte au lieu du centre des intérêts principaux du débiteur (art. 166 al. 1 pLDIP)

L'avant-projet prévoit de reconnaître les décisions de faillite étrangères prononcées non plus seulement dans l'Etat du domicile du débiteur, mais également dans l'Etat où est situé le centre des intérêts principaux du débiteur, si celui-ci n'est pas domicilié en Suisse.

L'avant-projet institue de la sorte un régime différencié entre les débiteurs ayant leur domicile en Suisse, pour lesquels seule la faillite prononcée en Suisse reste possible, et les débiteurs ayant leur domicile à l'étranger, dont la faillite sera reconnue qu'elle soit prononcée dans l'Etat de leur domicile ou dans celui où se situe le centre de leurs intérêts. Une telle inégalité de traitement entre débiteurs ne se justifie pas. Par ailleurs cette disposition pourrait amener la Suisse à reconnaître une faillite non reconnue dans l'Etat de domicile du débiteur, au risque d'aboutir à une situation juridique boiteuse.

À propos de la renonciation à la réciprocité

Cette renonciation interviendrait sans faire de distinction entre les décisions provenant d'Etats membres de l'UE, à l'égard desquelles elle peut se comprendre, dans la mesure où ces pays offrent généralement des garanties procédurales équivalentes aux nôtres, et le reste du monde, où de telles garanties ne sont pas forcément présentes. Il est dès lors excessif d'interdire au juge suisse de tenir compte de l'absence de réciprocité.

À propos du rapport entre l'art. 50 al. 1 de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite et la reconnaissance du jugement de faillite étranger

Selon le texte actuel de l'art. 166 al. 2 LDIP, la procédure de l'art. 50 al. 1 de la loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite (ci-après : LP) est admissible jusqu'au moment où l'état de collocation au sens de l'art. 172 LDIP est définitif. L'avant-projet propose de modifier cet alinéa et d'autoriser le recours à la procédure de l'art. 50 al. 1 LP uniquement jusqu'à ce qu'une requête de reconnaissance d'un jugement de faillite étranger ait été déposée.

Conformément à l'art. 50 al. 1 LP, le débiteur domicilié à l'étranger qui possède un établissement en Suisse peut y être poursuivi pour les dettes de celui-ci. Il est donc concevable que l'établissement en Suisse – souvent une succursale – soit déclaré en faillite. Cette disposition protège les créanciers suisses de l'établissement en Suisse du débiteur étranger et évite qu'ils ne doivent se rendre à l'étranger pour faire valoir leurs prétentions nées d'un rapport avec ledit établissement.

Le texte proposé affaiblit la situation des créanciers suisses. S'ils ne peuvent plus poursuivre l'établissement suisse sitôt que l'administration de la faillite étrangère du débiteur demande la reconnaissance du jugement de faillite étranger, ces créanciers se trouveront dans l'insécurité : Ils ne sauront pas si, et le cas échéant quand, le jugement étranger sera reconnu. Dans cette attente, ils ne pourront pas entreprendre de démarches afin de sauvegarder leurs intérêts, notamment en prévision du cas dans lequel la reconnaissance de la décision de faillite étrangère serait finalement refusée. L'avant-projet est du reste muet sur les conséquences d'un rejet de la demande de reconnaissance. Ceci est problématique à l'égard des créanciers suisses, qui se fient à l'existence d'un établissement en Suisse d'un débiteur à l'étranger.

Toujours à propos de l'établissement en Suisse du débiteur à l'étranger, l'avant-projet propose un art. 37g al. 4 bis nouveau de la loi sur les banques. Selon cette proposition, la procédure de l'art. 50 al. 1 LP serait admissible jusqu'à l'entrée en force de l'état de collocation au sens de l'art. 172 LDIP. En matière bancaire, l'on maintiendrait ainsi le régime en vigueur de l'art. 166 al. 2 LDIP actuel. Le rapport explicatif ne dit pas pourquoi le régime actuel serait maintenu en matière bancaire alors qu'il changerait à l'extérieur du domaine bancaire. Il n'y a pourtant pas de motif de traiter différemment les deux situations. Au contraire, cela constitue source de confusion.

Dans ces conditions, la modification de l'art. 166 al. 2 pLDIP ne peut être soutenue.

Ad art. 170 al. 3 pLDIP :

L'art. 170 al. 3 pLDIP apporte une précision bienvenue concernant la faculté de demander la liquidation sommaire, mais présente une difficulté quant au moment jusqu'auquel cette demande peut être présentée.

Si la procédure de liquidation sommaire est de loin la plus fréquente, il faut néanmoins permettre aux créanciers de pouvoir liquider la faillite en la procédure ordinaire. C'est pourquoi l'art. 231 al. 2 LP permet aux créanciers de demander, jusqu'à la distribution des deniers, que la liquidation intervienne en la procédure ordinaire. L'art. 170 al. 3 pLDIP n'admet une telle demande que jusqu'à la reconnaissance de l'état de collocation étranger. Ce choix ne s'explique guère et se révèle source de confusion.

Ad art. 171 pLDIP :

L'avant-projet prévoit que l'ouverture de la faillite à l'étranger est déterminante pour le calcul des délais fixés aux articles 285 à 292 LP qui traitent de l'action révocatoire. Ces délais concernent à la fois la définition des actes révocables et la prescription de l'action révocatoire. Le rapport explicatif relève que la question est actuellement controversée en doctrine et justifie son choix, en ce qui concerne la définition des actes révocables, par le fait qu'une longue période peut séparer la faillite de sa reconnaissance en Suisse et que « faire courir le délai à partir de la publication de la décision de reconnaissance favoriserait sans raison valable » les défendeurs à une telle action. En ce qui concerne le délai de prescription de l'action, il opte pour la même solution « pour des raisons de parallélisme » et pour éviter que les actes du débiteur puissent être attaqués « pendant une période indéfinie ».

Ce critère pose autant de problèmes qu'il n'en résout. En effet, le demandeur à l'action révocatoire pourrait être contraint d'ouvrir en Suisse une action dont la faillite est une condition, avant même de savoir si la faillite, prononcée à l'étranger, sera reconnue en Suisse.

Il faut y ajouter que la date de « l'ouverture de la faillite » à l'étranger peut être source d'incertitude pour le juge suisse, dès lors que c'est logiquement le droit étranger qui devrait la déterminer, cela d'une façon éventuellement différente de ce que prévoit en droit interne l'art. 175 LP. Il serait préférable de renoncer à employer la notion floue « d'ouverture de la faillite à l'étranger » et de se référer plutôt à un moment précis, soit celui du prononcé du jugement de faillite étranger, afin de correspondre à la règle posée par l'art. 175 LP précité.

Ad art. 174a pLDIP :

Sur le plan terminologique

Dès lors qu'il résulte clairement du rapport explicatif qu'une décision judiciaire est nécessaire pour renoncer à la procédure ancillaire, il serait plus clair de prévoir que « le tribunal peut » ou « le juge peut ».

L'art. 174a pLDIP dispose à la première phrase de l'al. 1 que le juge ou le tribunal doit « remettre à l'administration de la faillite étrangère les biens situés en Suisse ». L'al. 2 mentionne « les biens mis à [...] disposition » de l'administration de la faillite étrangère. S'agit-il des mêmes biens ? S'agit-il de mécanismes différents – quelle est alors la différence entre remettre et mettre à disposition ? Est-ce que l'al. 1 exclut les immeubles, que l'on ne peut « remettre » à une personne, tandis que l'al. 2 les comprendrait ? Ces aspects devraient faire l'objet de clarifications.

La deuxième phrase de l'al. 1 prévoit : « si les créanciers domiciliés en Suisse sont suffisamment pris en compte dans la procédure étrangère. » Il serait sans doute plus juste d'écrire « si les intérêts des créanciers ».

Sur la renonciation à la procédure ancillaire

L'art. 174a pLDIP risque d'avoir certaines conséquences négatives.

Selon son al. 2, l'administration de la faillite étrangère pourrait exercer, sur les biens mis à sa disposition, l'ensemble des pouvoirs détenus par le débiteur.

En premier lieu, il apparaît que l'office des faillites suisse conservera des compétences subsidiaires puisque, selon le rapport explicatif, l'administration de la faillite étrangère ne pourra procéder à des actes relevant de la puissance publique. Si de telles compétences subsistent, l'objectif de simplification et de diminution du travail à charge des autorités suisses risque de ne pas être atteint. La procédure pourrait même se révéler plus compliquée qu'aujourd'hui.

Par ailleurs, le fait de mettre à disposition de l'administration de la faillite étrangère les biens du débiteur pourrait se révéler nuisible aux intérêts de ce dernier et de ses créanciers. Il est évident que les offices des faillites suisses sont généralement les mieux à même de liquider des biens situés en Suisse. L'office des faillites sait comment valoriser ces actifs et attirer les acheteurs. Il connaît aussi le terrain et les procédures suisses. Or un bon résultat de la liquidation satisfait à la fois les créanciers et le débiteur, dont la perte sera alors moindre.

En outre, selon l'art. 251 al. 1 LP, les productions en retard sont admises jusqu'à la clôture de la faillite. En d'autres termes, le créancier qui a manqué le délai de production fixé dans la publication du jugement de faillite peut toujours produire sa créance, même après l'expiration de ce délai. Il doit toutefois se laisser opposer les éventuelles collocations ou mesures de réalisation déjà intervenues. Renoncer à une procédure de faillite locale en Suisse à la suite de la faillite du débiteur à l'étranger signifie priver le créancier suisse de la possibilité de produire selon l'art. 251 LP. Ceci crée une inégalité de traitement entre le créancier suisse du failli suisse et le créancier suisse du failli étranger qui a des biens en Suisse. Une telle inégalité ne se justifie pas. Par ailleurs, la position de certains créanciers suisses en serait affaiblie.

Enfin, selon l'art. 174a al. 1 2^{ème} phrase pLDIP, le tribunal suisse vérifie « si les créanciers domiciliés en Suisse sont suffisamment pris en compte dans la procédure étrangère ». Compte tenu de la matière, ce tribunal devrait instruire et statuer selon les règles de la procédure sommaire. Examiner si les intérêts des créanciers domiciliés en Suisse sont suffisamment « pris en compte à l'étranger » demande toutefois un examen approfondi, vraisemblablement inconciliable avec cette forme d'instruction simplifiée.

Ad art. 174b pLDIP :

En présence de plusieurs acteurs et intervenants, la coordination est évidemment souhaitable.

La possibilité, formulée, comme le dit le rapport explicatif, « de manière non contraignante et très générale », ne règle finalement rien concrètement.

Ad art. 174c pLDIP :

Sur le plan terminologique

Ce texte pose des problèmes de compréhension. En particulier, l'on ne sait guère ce qu'il faut entendre par « d'autres actions préjudiciables aux créanciers qui sont étroitement liées à une décision de faillite reconnue en Suisse ». Il en découle une incertitude juridique, qui risque de provoquer inutilement l'ouverture de procédures. Qui plus est, le rapport explicatif cite comme exemple les « actions en responsabilité contre les directeurs pour préjudices causés aux créanciers ». Celles-ci ne correspondent pourtant pas à la définition prévue par l'art. 174c pLDIP : Il ne s'agit pas « d'actions préjudiciables aux créanciers », mais d'actions ouvertes en raison de la commission d'actes préjudiciables aux créanciers.

Par ailleurs, l'expression « au sens des art. 25 à 27 » devrait être remplacée par « aux conditions des art. 25 à 27 ».

Sur le fond

La LDIP ne prévoit pas la reconnaissance des jugements révocatoires, considérés comme liés à la procédure d'exécution forcée, en l'état. Pourtant, il s'agit de véritables procédures indépendantes, qui ne se déroulent pas forcément devant le même tribunal (ni d'ailleurs nécessairement dans le même pays), qui obéissent à des règles procédurales propres, et qui n'opposent pas systématiquement la masse des créanciers au failli. Sur cette base, il semble acceptable que ces jugements puissent faire l'objet d'une reconnaissance en Suisse pour eux-mêmes, sur la base des règles générales de la LDIP ou des conventions internationales réservées par cette loi.

Il n'en reste pas moins que le fait de reconnaître, de manière générale, les jugements révocatoires étrangers visant un bien situé en Suisse se concilie mal avec l'art. 172 LDIP. La reconnaissance du jugement étranger entrerait en collision avec les droits des créanciers suisses que protège cet article. L'opportunité de ne reconnaître les jugements rendus à l'étranger sur des actions révocatoires que lorsque le bien concerné se trouvait lui-même à l'étranger pourrait donc être considérée.

Art. 244a nouveau LP :

Sur le plan terminologique

A l'al. 2, l'emploi de la notion de « valeur des créances » vise-t-il à marquer une distinction avec celle de « montant de créances » ? Si tel n'est pas le cas, il serait préférable d'écrire « montant des créances ».

Sur le fond

L'avant-projet souhaite permettre de tenir compte de procédures étrangères lors de l'établissement de l'état de collocation, et compléter ainsi l'art. 63 de l'ordonnance du 13 juillet 1911 sur l'administration des offices de faillite.

La tournure « dans un délai convenable » à la fin de l'al. 1 est toutefois très floue. Selon l'art. 270 LP, la faillite doit être liquidée dans un délai d'un an à compter de son ouverture. Même si l'on peut éventuellement prolonger ce délai (art. 270 al. 2 LP), la faillite doit se liquider rapidement, les créanciers et l'ordre public en général y ayant intérêt. Dès lors, il conviendrait de fixer aussi un délai précis et relativement bref à l'art. 244a al. 1 LP.

En ce qui concerne l'al. 2, le texte de l'avant-projet exige uniquement que la décision étrangère relative à une créance soit définitive pour que cette créance soit colloquée dans la faillite suisse. Cela n'est pourtant pas suffisant : comme le rapport explicatif le relève, il faut aussi que la décision étrangère soit reconnue en Suisse. Il s'agirait de le prévoir de façon expresse dans le texte de loi.

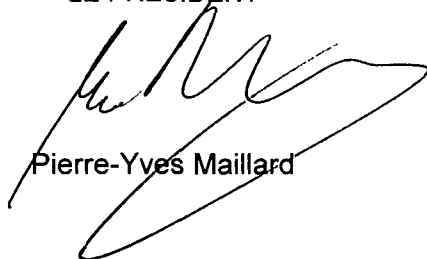
* * *

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat vaudois exprime des réserves quant à la nécessité de réviser la LDIP pour régler quelques procédures par année. Il constate par ailleurs que l'avant-projet demeure inabouti, tant sur le fond que sous l'angle rédactionnel. En son état actuel, cette révision ne peut donc être soutenue.

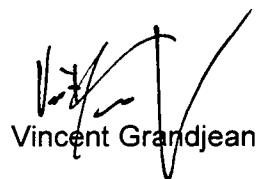
En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez au présent avis, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT


Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER


Vincent Grandjean**Copies**

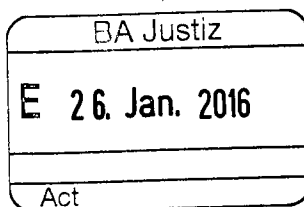
- Office des affaires extérieures
- Service juridique et législatif

25. Jan. 2016

Act



2016.00017



Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Date **20 JAN. 2016**

**Consultation relative à l'avant-projet de modification de la loi sur le droit international privé
(faillite et concordat)**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous consulter sur les propositions du Conseil fédéral relatives à une modification de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé dans le domaine de la faillite et du concordat.

Le Conseil d'Etat valaisan a pris connaissance avec intérêt de l'avant-projet soumis à examen. D'une manière générale, il y a lieu de remarquer que notre canton est peu concerné par ce sujet, puisque les faillites ancillaires y font figure d'exception.

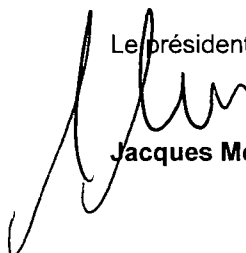
Les modifications législatives proposées apportent une modernisation bienvenue du droit suisse de la faillite internationale. Nous saluons les simplifications administratives qui devraient découler de :

- la suppression de l'automatisme de la procédure ancillaire, dont l'objectif principal est de protéger les intérêts des créanciers privilégiés en Suisse. Les cas de faillites internationales avec des créanciers privilégiés ayant leur domicile en Suisse sont rares ;
- la suppression de l'exigence de réciprocité qui constitue une entrave à la reconnaissance de la procédure étrangère et peut nécessiter de coûteuses expertises.

Concernant les trois conventions citées au chapitre 4.2 du rapport explicatif, le Canton du Valais ne voit pas de contraindication à leur abrogation.

Nous vous remercions de l'attention que vous voudrez bien porter à nos observations et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Jacques Melly



Le chancelier


Philipp Spörri

Copie à DFJP (ipr@bj.admin.ch)



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

ipr@bj.admin.ch

Zug, 26. Januar 2016 hs

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Konkurs und Nachlassvertrag) – Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD die Kantonsregierungen im obengenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Vorausgeschickt sei, dass wir die Gesetzesänderung und die Ziele der vorgeschlagenen Massnahmen begrüssen. Nachstehend beantragen wir einige Änderungen am Entwurf («E-IPRG»).

Anträge:

1. Zu Art. 170 Abs. 3 E-IPRG:

- Der Richter hat die Höhe des Kostenvorschusses für das Verfahren festzulegen.
- Die Einstellung des Hilfskonkurses gemäss Art. 230 SchKG muss möglich sein.
- Eventualiter anerkennt der Richter nur den ausländischen Entscheid und das Konkursamt trifft den Entscheid über die Verfahrensart – ordentliches, summarisches oder Einstellung des Hilfskonkursverfahrens.

2. Zu Art. 171 Abs. 2 E-IPRG:

- Solange die schweizerische Konkursverwaltung mit dem Hilfskonkursverfahren betraut ist, sollen die Anfechtungsansprüche nur gemäss Art. 260 SchKG abgetreten werden können. Eine eigenständige Geltendmachung soll erst nach Einstellung des Hilfskonkurses möglich sein.

3. Zu Art. 174a E-IPRG:

- Das schweizerische Konkursamt soll auch den Antrag stellen können, auf die weitere Durchführung des Hilfsverfahrens zu verzichten.
- Auf die weitere Durchführung des Hilfsverfahrens darf nur verzichtet werden, wenn nebst den Gläubigern die Ansprüche von dinglich berechtigten Personen nicht betroffen sind.
- Es ist auszuschliessen, dass ein Hilfskonkursverfahren durch die schweizerische Konkursverwaltung durchgeführt wird und parallel dazu die ausländische Konkursverwaltung einzelne Ansprüche individuell durchsetzen kann.

Begründungen:

1. Zu Art. 170 Abs. 3 E-IPRG:

Wir begrüssen grundsätzlich die Klarstellung, dass der Hilfskonkurs im summarischen Verfahren durchgeführt wird. Das anerkennende Gericht muss Gewissheit haben, dass genügend liquide Mittel vorhanden sind, um die Verfahrenskosten zu decken. Sind diese Mittel nicht vorhanden, muss es die Anerkennung davon abhängig machen, dass dem Konkursamt die Mittel durch die Gesuchsteller zur Verfügung gestellt werden.

Wurde über eine Gesellschaft mit Sitz in der Schweiz der Konkurs eröffnet, entscheidet das Konkursamt über die Höhe des Kostenvorschusses für die Durchführung eines summarischen Verfahrens (Basler Kommentar SchKG [BSK] Art. 230 N10). Im E-IPRG liegt dieser Entscheid beim anerkennenden Gericht. Das Gericht ist durch die Gesetznorm zu verpflichten, einen genügend hohen Kostenvorschuss für das summarische Hilfskonkursverfahren festzusetzen, einzufordern und dem Konkursamt zur Verfügung zu stellen.

In einem Konkursverfahren ist es oft schwierig, zu Beginn des Verfahrens die mutmasslichen Kosten zu überblicken. Bei einem schweizerischen Konkursverfahren muss deshalb das Verfahren nachträglich eingestellt und ein neuer Kostenvorschuss festgelegt werden. Die gleiche Ungewissheit kann auch bei einem Hilfskonkursverfahren entstehen. Die Gesetzesbestimmung muss deshalb vorsehen, dass das Hilfskonkursverfahren mangels Masse wieder eingestellt werden kann. Der Antrag ist dem anerkennenden Gericht zu stellen. Das Verfahren richtet sich analog zu Art. 230 SchKG.

Gemäss E-IPRG können nur die ausländische Konkursverwaltung oder ein berechtigter Gläubiger die Durchführung des Partikularkonkurses im ordentlichen Verfahren verlangen. Aufgrund einer fehlenden Normierung ist dieses Begehren dem zuständigen Konkursamt und nicht dem Anerkennungsrichter zu stellen. Das Konkursamt legt den entsprechenden Kostenvorschuss in eigener Regie fest (BGE 113 III 135). Da sich der E-IPRG am summarischen Verfahren orientiert, ist per se ausgeschlossen, dass das Konkursamt bei genügend Mitteln ein ordentliches Verfahren durchführen kann. Mit der direkten Anordnung des summarischen Verfahrens wird

somit verhindert, dass von Anfang an eine spezialisierte ausseramtliche Konkursverwaltung eingesetzt werden kann (BSK Art. 231 N 41 ff.).

Ein möglicher Lösungsansatz könnte darin bestehen, dass das anerkennende Gericht nur die Anerkennung als solche festhält. Das Konkursamt würde die finanzielle Situation überprüfen und den Verfahrensentscheid treffen. Ein summarisches Verfahren oder eine Einstellung des Hilfskonkurses müsste beim anerkennenden Gericht beantragt werden. Bei genügend finanziellen Mitteln könnte für den Hilfskonkurs das ordentliche Verfahren durchgeführt und eine ausseramtliche Konkursverwaltung eingesetzt werden.

2. Zu Art. 171 Abs. 2 E-IPRG:

Die gewählte Formulierung ist unklar. Solange das Hilfsverfahren pendent ist, kann weder ein Gläubiger noch die ausländische Konkursverwaltung diese Rechte neben der schweizerischen Konkursverwaltung geltend machen. Erst nach Beendigung des Hilfskonkurses sollen die Gläubiger oder die ausländische Konkursverwaltung das Recht haben, diese Ansprüche direkt geltend zu machen.

3. Zu Art. 174a E-IPRG:

Wir begrüssen grundsätzlich die Möglichkeit, auf die weitere Durchführung des Hilfsverfahrens zu verzichten, wenn keine berechtigten Gläubiger vorhanden sind. Dieser Entscheid ist wie die Anerkennung im Interesse der Rechtssicherheit zu publizieren.

Die Norm sieht vor, dass nur die ausländische Konkursverwaltung den Antrag stellen kann. Da die involvierten Konkursverwaltungen in der Praxis in ständigem Kontakt sind, wäre eine Antragsstellung durch das schweizerische Konkursamt nicht auszuschliessen. Gemäss Botschaft muss es bei der richterlichen Entscheidungsfindung ohnehin mitwirken (Bestätigung, dass keine Gläubiger vorhanden sind; Botschaft S. 13 Abs. 2).

Es ist richtig, dass die Gläubiger diesen Antrag nicht stellen können (Botschaft S. 13 f.).

Die Bestimmung spricht nur von Gläubigern, berücksichtigt aber nicht die Ansprüche weiterer möglicher Berechtigter, wie zum Beispiel der Mit- oder Gesamteigentümer oder der Eigentümer, deren Besitz abhanden gekommen ist (Eigentumsansprachen). Das Verfahren gemäss Art. 242 SchKG dürfte um einiges einfacher sein als eine privatrechtliche Klage gegen eine ausländische Konkursmasse. Die Bestimmung ist daher in diesem Sinn zu erweitern, dass allfällige weitere Berechtigte nicht beeinträchtigt sein dürfen.

Gemäss Art. 174a Abs. 3 E-IPRG können Bedingungen und Auflagen angeordnet werden. Es dürfte aber nicht sehr praxistauglich sein, wenn in der Schweiz parallel nebeneinander eine in- und eine ausländische Konkursverwaltung tätig sind. Die Einstellung des Hilfsverfahrens muss sich immer auf alle Vermögenswerte in der Schweiz beziehen.

Abschliessend stimmen wir mit Ihren Überlegungen in Ziff. 4.2 des erläuternden Berichts bezüglich der Vereinbarkeit internationaler Vereinbarungen der Kantone überein. Eine förmliche Aufhebung dieser Vereinbarungen ist anzustreben (für den Kanton Zug BGS 231.7, 231.8 sowie die Übereinkunft mit dem Königreich Sachsen vom 4./18. Februar 1837).

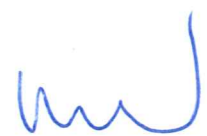
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Zug, 26. Januar 2016

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Heinz Tännler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- Volkswirtschaftsdirektion
- Konkursamt
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Obergericht
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

19. Januar 2016 (RRB Nr. 42/2016)

**Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Konkurs und Nachlassvertrag) / Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2015 haben Sie uns den Vorentwurf zu einer Änderung des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die vorgeschlagenen Änderungen bezwecken eine Modernisierung des internationalen Konkursrechts: Die Voraussetzungen und das Verfahren der Anerkennung von ausländischen Konkursverfahren und Nachlassverträgen sollen erleichtert werden. Die Umsetzung der heute geltenden Gesetzesbestimmungen bzw. der in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten Staatsverträge bereitete den zürcherischen Konkursämtern in der Praxis keine nennenswerten Probleme. Eine Revision der Bestimmungen ist unseres Erachtens deshalb nicht zwingend. Zudem wird als Folge der Änderungen das Haftungssubstrat einfacher ins Ausland abfliessen können. Dies kann die Schmälerung des Haftungssubstrates für einen Steuerarrest bei im Ausland wohnhaften Steuerschuldnern zur Folge haben und sich damit negativ auf den Steuerbezug in der Schweiz auswirken. Allerdings sind entsprechende Fälle wohl eher selten.

Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Zu Art. 171 Abs. 2 VE-IPRG

Bei den in Art. 292 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) genannten Fristen handelt es sich aufgrund der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Änderungen zum SchKG nicht mehr um Verwirkungsfristen, sondern neu um Verjährungsfristen (vgl. erläuternder Bericht S. 12).

Zu Art. 171 VE-IPRG

Nach dieser Bestimmung soll für die Berechnung der für die Anfechtungsklage geltenden Fristen neu auf die ausländische Konkursöffnung abgestellt werden. Dadurch wird vom Grundsatz in Art. 170 Abs. 2 IPRG (Beginn des Fristenlaufs mit der Veröffentlichung der Entscheidung über die Anerkennung) abgewichen. Die Frage stellt sich, ob die ausländische Konkursverwaltung ohne Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets in der Schweiz die Verjährungsfrist gegenüber dem schweizerischen Anfechtungsschuldner gültig unterbrechen können wird. Falls nicht, bewirkt die geplante Gesetzesänderung je nach Konstellation eine allenfalls deutliche Schlechterstellung des Anfechtungsklägers gegenüber dem heutigen Recht.

Zu Art. 174a VE-IPRG

Die Voraussetzung «wenn sich keine Gläubiger ... gemeldet haben» deckt nach unserer Auffassung nicht alle möglichen Fälle ab, in denen auf ein Hilfsverfahren verzichtet werden können soll. Möglich ist auch, dass sich wohl Gläubiger gemeldet haben, jedoch ihre Forderungen im Kollokationsverfahren entweder im Bestand oder bezüglich des Konkursprivilegs rechtskräftig abgewiesen wurden.

Die Bestimmung führt überdies zu einer Ungleichbehandlung zwischen pfandgesicherten Gläubigern sowie in der Schweiz wohnhaften privilegierten Gläubigern von Schuldern mit «Aufenthalt» im Ausland einerseits und von Gläubigern von Schuldern mit Sitz in der Schweiz anderseits. Gemäss Art. 251 Abs. 1 SchKG können verspätete Konkurseingaben bis zum Schluss des Verfahrens angebracht werden. Dies scheint nach der Gutheissung eines Antrags auf Verzicht auf Durchführung eines Hilfsverfahrens nicht mehr möglich zu sein. Diese ungleiche Behandlung damit zu begründen, dass sich der verspätete Gläubiger bereits ausbezahlte Abschlagszahlungen entgegenzuhalten hat (Art. 251 Abs. 2 SchKG), greift nicht, da der Hilfskonkurs im summarischen Verfahren durchgeführt wird (Art. 170 Abs. 3 VE-IPRG), das keine Abschlagszahlungen vorsieht.

Antrag: Die Bestimmung ist einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

Zu Art. 244a VE-SchKG

Die «angemessene Frist» dürfte trotz Verweisung auf Art. 9 IPRG im Einzelfall schwierig zu bestimmen sein. Gerade weil der Prozess im Ausland stattfindet, wird es nicht einfach sein, eine einigermaßen realistische Beurteilung der Prozessdauer vorzunehmen. Auch stellt sich die Frage, ob die hiesige Konkursverwaltung Kenntnis von Abhängigkeiten des betroffenen Prozesses zu weiteren Verfahren erhält. Zudem betrifft diese Bestimmung nicht die Aussetzung eines Gerichtsverfahrens, von dem «nur» zwei Parteien betroffen sind, sondern es geht um die Zulassung oder Abweisung einer Forderung im Kollokationsplan, was sich letztlich auf die Höhe der Konkursdividende auswirkt. Die Sistierung eines Konkursverfahrens ist nicht vorgesehen. Diese Bestimmung dürfte in der Praxis zu verschiedenen Problemen führen. Insbesondere könnte die Durchführung des Konkursverfahrens und damit die Ausrichtung der Konkursdividende wesentlich verzögert werden, vor allem dann, wenn der im Ausland ergangene Entscheid an höhere Instanzen weitergezogen würde.

Antrag: Die Bestimmung ist einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

**Zu Ziff. 4.2 des erläuternden Berichts (verschiedene Staatsverträge)**

Gegen eine Aufhebung bzw. Kündigung verschiedener Staatsverträge haben wir keine Einwendungen. Wie bereits einleitend erwähnt, wendet die Praxis diese allerdings in der Regel ohne nennenswerte Probleme an (vgl. auch Urteil des Bundesgerichts 5A_665/2012 vom 28. März 2013).

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

